

Parlamentssitzung vom 7. Mai 2007

Beantwortung 0702

**Dringliche Motion CVP betr. Teuerungsausgleich des Könizer
Gemeindepersonals**

Text der Motion

Art. 9 Abs. 2 des Lohnreglements ist im Hinblick auf das Budget 2008 folgendermassen zu ändern: "Grundlage für den Ausgleich bilden die Herbstprognosen für die Jahresteuern des SECO und des Bundesamtes für Statistik".

Begründung

Der als bisherige Grundlage geltende Indexstand aus dem letzten November hat sich in den letzten Jahren aus folgenden Gründen als untauglich erwiesen.

- Ein Indexstand eines beliebigen Monats im Jahr vermag die Jahresteuern nicht genau abzubilden, da gewisse saisonale und Zufallseffekte unberücksichtigt bleiben
- Die Budgetierung aufgrund dieses Indexstandes ist völlig unmöglich, da im September der Indexstand des folgenden Novembers nicht prognostiziert werden kann.
- Die Herbstprognosen für die Jahresteuern des SECO und des Bundesamtes für Statistik können als zuverlässig und mehrheitlich übereinstimmend bezeichnet werden.

Die nachträglichen Korrekturen des Teuerungsausgleiches für die letzten beiden Jahre haben die Unzulänglichkeiten des heutigen Systems deutlich hervorgehoben.

- Im Jahre 2005 hat der Gemeinderat im Budget einen Teuerungsausgleich von 0,5% vorgeschlagen. Dieser Vorschlag gründete wohl auf der Entwicklung des Landesindex für Konsumentenpreise vom Spätsommer 2005. Aufgrund der veränderten Entwicklung - welche durch die Prognosen voraus gesehen worden waren - musste der Gemeinderat den Teuerungsausgleich nach der Budgetdebatte im Parlament auf 1% anpassen. Das Bundesamt für Statistik wies für 2005 schliesslich eine Jahresteuern von 1,2% aus.
- Im Jahre 2006 ging das Budget von einem Teuerungsausgleich von 1% aus. Aufgrund des Index von November wurde der Ausgleich halbiert. Die Prognosen gingen dann aber nach wie vor von einer Jahresteuern von 1% aus. Diese Prognose war auch korrekter und das Bundesamt für Statistik wies für 2006 eine Jahresteuern von 1,1% aus.

Begründung für Dringlichkeit

Eine Umsetzung des Anliegens auf das Budget 2008 ist zwingend. Wird diese Anpassung nicht rasch umgesetzt, wird das Könizer Gemeindepersonal im Vergleich zu anderem Personal weiterhin ungleich behandelt. Zusätzlich wird damit die Budgetgenauigkeit erhöht und mit dieser Anpassung kann verhindert werden, dass jeweils kurzfristige Anpassungen vorgenommen werden müssen. Zur Erreichung dieser Ziele muss die Reglementsänderung dem Parlament spätestens im Juni 2007 vorgelegt werden.

Eingereicht am 12. Februar 2007

Valentin Lager, Ignaz Caminada, Rolf Zwahlen, Marco Streiff, Hermann Gysel, Stefan Lehmann, Hans Moser, Niklaus Hofer, Alfred Arm, Christian Burren, Daniel Krebs, Ueli Salvisberg, Mark Stucki, Markus Stähli, Thomas Herren, Christian Balz, Daniel Oester, Thomas Hänni, Bernhard Bichsel, Hanspeter Kohler, Peter Antenen, Rita Sidler, Hugo Staub, Anna Mäder, Elsbeth Troxler, Stephanie Staub-Muheim, Harald Henggi, Liz Fischli-Giesser (28)

Die Dringlichkeit wurde vom Parlamentsbüro gewährt.

Antwort des Gemeinderates

Die Motionäre beanstanden, dass der für den Teuerungsausgleich als bisherige Grundlage geltende Stand des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) des Novembers sich in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen als untauglich erwiesen habe.

Der Gemeinderat möchte gerne auf die drei bemängelten Punkte einzeln eingehen:

- "Ein Indexstand eines beliebigen Monats im Jahr vermag die Jahresteuern nicht genau abzubilden, da gewisse saisonale und Zufallseffekte unberücksichtigt bleiben"

In der Praxis beruht der Teuerungsausgleich natürlich nicht auf dem LIK des einzelnen Monats November, sondern auf der Differenz des Standes des Vorjahres zum Stand des laufenden Jahres. Somit deckt der Teuerungsausgleich jeweils die Entwicklung der Teuerung in den vergangenen 12 Monaten ab.

Konkretes Beispiel: Der Landesindex im November 2006 betrug 155.50 Punkte. Derjenige im November 2005 betrug 154.80 Punkte. Die Differenz belief sich somit auf 0.70 Punkte. Diese 0.7 Punkte stellen umgerechnet 0.45% dar, was dem per 1.1.2007 in der Gemeindeverwaltung Köniz gesprochenen Teuerungsausgleich von aufgerundet 0.5% entspricht.

Der Gemeinderat geht mit den Motionären einig, dass die heutige Bemessungsgrundlage für den Teuerungsausgleich, der Novemberindex, nicht ideal ist. Jedoch sieht der Gemeinderat den Mangel nicht in der Bemessungsgrundlage des Index an und für sich, sondern darin, dass der Novemberindex für die Budgetierung zu spät zur Verfügung steht.

Die Motionäre bemängeln denn auch:

- "Die Budgetierung aufgrund dieses Indexstandes ist völlig unmöglich, da im September der Indexstand des folgenden Novembers nicht prognostiziert werden kann."

Hier geht der Gemeinderat mit den Motionären einig, dass es für eine genaue Budgetierung zu spät ist, wenn die Bemessungsgrundlage erst im November zur Verfügung steht. Der Gemeinderat hat daher Ende Dezember 2005 festgehalten, dass durch die Personalabteilung in Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst zu prüfen sei, ob Art. 9 Ziffer 2 des Lohnreglements in dem Sinne abgeändert werden könne, dass als Grundlage für die Berechnung des Ausgleichs nicht mehr der Monat November, sondern neu der Monat Juli massgebend sei. Durch verschiedene Vakanzen in der Personalabteilung konnte das Geschäft nicht wunschgemäss vorangetrieben werden. Dem Anliegen, einen früheren Monat, nämlich Juni oder Juli, als Bemessungsgrundlage zu verwenden, steht jedoch nichts im Wege.

Weiter fügen die Motionäre an:

- "Die Herbstprognosen für die Jahresteuierung des SECO und des Bundesamtes für Statistik können als zuverlässig und mehrheitlich übereinstimmend bezeichnet werden."

Der Gemeinderat ist der Meinung, dass eine Bemessungsgrundlage, die auf Fakten beruht gegenüber einer solchen, die auf Prognosen beruht, zu bevorzugen ist. Die heutige Praxis, auf der Entwicklung des LIK über 12 Monate hinweg zu beruhen, hat den Vorteil, dass die Bemessungsgrundlage - zwar vergangenheitsorientiert - dafür unbestritten ist. Prognosen können nie so genau sein wie die festgestellte Entwicklung des vergangenen Jahres. Zudem stellt der LIK eine für viele Bereiche anerkannte Bemessungsgrundlage dar (Alimente, Mietzinsberechnungen usw.).

Die Praxis der Bemessungsgrundlage bei anderen grösseren Gemeinden der Region zeigt zudem folgendes Bild:

- Langenthal stützt auf den Landesindex der Konsumentenpreise des Oktobers ab.
- Stadt Bern, Thun, Burgdorf und Biel stützen auf den Landesindex der Konsumentenpreise des Novembers ab.

Mit einem Wechsel der Bemessungsgrundlage vom LIK zu den Prognosen des SECO oder des Bundesamtes für Statistik stünde die Gemeinde Köniz unter den grösseren Gemeinden der Region Bern alleine da.

Fazit

Der Gemeinderat geht mit den Motionären einig, dass die bemängelten "nachträglichen Korrekturen des Teuerungsausgleiches für die letzten beiden Jahre die Unzulänglichkeiten des heutigen Systems deutlich hervorgehoben haben".

Er sieht die Probleme jedoch nicht bei der Bemessungsgrundlage an und für sich sondern beim Zeitpunkt, wann diese zur Verfügung steht. Aus diesem Grund schlägt der Gemeinderat für dieselbe Parlamentssitzung, an der die vorliegende Motion behandelt wird, gemäss separatem Bericht und Antrag eine Änderung des Art. 39 Ziffer 2 des Lohnreglements vor.

Antrag

Ablehnung der Motion

Köniz, 7. März 2007

Der Gemeinderat